

Inhalt

1	Ziele und Bedeutung des BilMoG	12
2	Anwendungsbeginn und Übergangsregelungen	17
3	Die Entstehungsgeschichte des BilMoG	28
4	Generelle Neuregelungen	29
4.1	Wegfall der Rechnungslegungspflicht für einzelkaufmännische Kleinstunternehmen	29
4.2	Abschaffung der umgekehrten Maßgeblichkeit	31
4.3	Anhebung der Größenklassen für kleine und mittelgroße Kapitalgesellschaften gemäß § 267 HGB n.F.	38
4.4	Anhebung der Größenklassen für Kleinkonzerne nach § 293 HGB	39
4.5	Zuordnung nach dem wirtschaftlichen Eigentum	40
4.6	Methodenstetigkeit bei Ansatz- und Bewertungsmethoden	40
4.7	Erweiterung der Befugnisse des DRSC	40
5	Einzelabschluss	42
5.1	Immaterielle Vermögensgegenstände	42
5.1.1	Selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	42
5.1.1.1	Aktivierungswahlrecht für selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	42
5.1.1.2	Bilanzpolitische Ziele im Zusammenhang mit selbst geschaffenen immateriellen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens	46

5.1.2	Entgeltlich erworbener Goodwill	47
5.1.3	Abschaffung der Bilanzierungshilfe Aufwendungen für Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs	50
5.2	Bilanzielle Behandlung von Finanzinstrumenten nach BilMoG	52
5.2.1	Zeitbewertung von Finanzinstrumenten des Handelsbestands bei Kreditinstituten	52
5.2.2	Hedge Accounting	55
5.3	Neuregelungen zur Bewertung von Vermögensgegenständen des Anlage- oder Umlaufvermögens	60
5.3.1	Außerplanmäßige Abschreibungen im Anlagevermögen bei voraussichtlich nicht dauernder Wertminderung	60
5.3.2	Abschreibungen nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung	62
5.3.3	Zuschreibung (Wertaufholung) bei Wegfall des Grundes für außerplanmäßige Abschreibungen im Anlage- und Umlaufvermögen	63
5.3.4	Herstellungskosten selbst erstellter Vermögensgegenstände	64
5.3.5	Verbrauchsfolgeverfahren	66
5.3.6	Außerplanmäßige Abschreibung im Umlaufvermögen nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung auf den niedrigeren nahen Zukunftswert	66
5.4	Bilanzielle Behandlung von Pensionsrückstellungen / Pensionsverpflichtungen	67
5.4.1	Einbezogene Sachverhalte	68
5.4.2	Ansparverfahren	68
5.4.3	Abzinsungssatz	68

5.4.4	Berücksichtigung von Lohn- und Gehaltssteigerungen	69
5.4.5	Saldierung	70
5.4.6	Übergangsregelungen	72
5.4.7	Anhangangaben	73
5.5	Sonstige Rückstellungen	75
5.5.1	Abschaffung von Aufwandsrückstellungen	75
5.5.2	Einbeziehung künftiger Preis- und Kostenentwicklungen	77
5.5.3	Abzinsung	77
5.6	Latente Steuern	78
5.6.1	Konzeptionelle Vorüberlegungen	78
5.6.2	Einzelvorschriften nach § 274 HGB n.F.	79
5.6.3	Einzelvorschriften nach § 306 HGB n.F.	82
5.6.4	Latente Steuern im Unternehmenserwerb	83
5.7	Ausstehende Einlagen	89
5.8	Ausweis von eigenen Anteilen	90
5.9	Ausweis von Anteilen an einem herrschenden oder mit Mehrheit beteiligten Unternehmen	92
6	Neue Regelungen für den Konzernabschluss nach BilMoG	93

6.1	Erweiterung des Konsolidierungskreises	93
6.2	Methoden der Kapitalkonsolidierung: Abschaffung der Buchwert- und Interessenzusammenführungsmethode	94
6.3	Abschaffung der erfolgsneutralen Goodwill-Behandlung	103
6.4	Festlegung des Zeitpunktes der Erstkonsolidierung	104
6.5	Abschaffung der Kapitalanteilmethode für assoziierte Unternehmen	106
6.6	Modifizierte Stichtagskursmethode zur Umrechnung von Abschlüssen in ausländischer Währung	109
7	Offenlegungsvorschriften	113
7.1	Nicht marktübliche Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen (Related Parties Transaction)	113
7.2	Nicht in der Bilanz ersichtliche Geschäfte (Off balance sheet Transactions)	115
7.3	Risikoeinschätzung von Haftungsverhältnissen	116
7.4	Angaben über Anteile an Investmentfonds	117
7.5	Einbeziehung der Anteilsbesitzliste in den Anhang	118
7.6	Angaben zur Ausschüttungssperre	118
7.7	Abschaffung von Davon-Vermerken zu Verbindlichkeiten	120
7.8	Modifizierte Anhangangabe zur Entsprechenserklärung	121
7.9	Abschaffung von Angaben im Zusammenhang mit der umgekehrten Maßgeblichkeit	121

7.10	Angaben über die betriebliche Nutzungsdauer des Geschäfts- oder Firmenwertes	122
7.11	Angaben zu Abschlussprüferhonoraren	123
7.12	Angaben zu Forschungs- und Entwicklungskosten des Geschäftsjahres	124
7.13	Zusätzliche Bestandteile des Jahresabschlusses kapitalmarktorientierter Unternehmen	125
7.14	Erleichterungs- und Befreiungsregelungen für kleine und mittelgroße Kapitalgesellschaften	125
8	Erweiterung des Lageberichts und Corporate Governance Vorschriften	127
8.1	Erklärung zur Unternehmensführung (Corporate Governance Statement)	127
8.2	Beschreibung des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems (RMS)	129
8.3	Organisationsfragen beim Aufsichtsrat (Prüfungsausschuss, Financial Expert)	131
9	Abschlussprüfung	139
9.1	Erweiterte Verantwortlichkeit des Konzernabschlussprüfers	139
9.2	Erweiterte Rotationspflicht	139
9.3	Ausdehnung der Unabhängigkeitsvorschriften auf Netzwerke von Abschlussprüfern	141

9.4	Cooling-off Periode beim Wechsel zum Mandanten	142
9.5	Schriftliche Unabhängigkeitserklärung	143
9.6	Information an die Wirtschaftsprüferkammer bei Auflösung des Prüfungsauftrags	143
9.7	Erweiterte Berichterstattungspflichten bei Wechsel des Abschlussprüfers	144
9.8	Konkretisierung des Berichtsumfangs an Aufsichtsrat und Prüfungsausschuss	144
9.9	Übernahme der International Standards on Auditing (ISA) und Verordnungsermächtigung des Bundesministeriums der Justiz (BMJ)	145
10	Resümee und Ausblick	146
11	Zusammenfassung	156